



Fotos: Susie Knoll / Benno Kraehahn / Karoline Wolf

# NEWSLETTER

Ausgabe: 19/02 (November 2018)

## Die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion

### Inhaltsverzeichnis

1. Antrag Europäischer Bildungsraum
2. Digitalpakt und Grundgesetzänderung
3. Bundeshaushalt 2019
4. Position Digitalpakt Schule
5. Position Agentur für Sprunginnovationen
6. Fachgespräch Fachhochschule
7. Stakeholder-Dialog Meister-BAföG
8. Stakeholder-Dialog Studentischer Wohnraum

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundespolitik war in den vergangenen Wochen wieder von stürmischen Zeiten geprägt. Trotzdem hat die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion ihren inhaltlichen Auftrag konsequent verfolgt. Wir sind mit einem klaren Anspruch für mehr Investitionen in Bildung und Forschung in die Regierung gegangen. Das hat sich nicht nur in den Haushaltsberatungen niedergeschlagen, in denen die SPD-Bundestagsfraktion Akzente durch ein Programm für Schulen in sozial benachteiligten Lagen und ein Innovationsprogramm für die berufliche Bildung setzen konnte, sondern auch in Positionen zum Digitalpakt Schule, der Agentur für Sprunginnovationen und zum studentischen Wohnen.

Unsere Botschaft ist klar: Wir wollen eine qualitativ hochwertige Bildung, die allen Menschen immer wieder Chancen auf ein gutes Leben eröffnet. Der Bund soll dafür Impulse geben, indem er beispielsweise bei der Digitalisierung der Schulen unterstützt oder in Wohnheimplätze für Studierende investiert. Jetzt ist vor allem die Bundesministerin gefordert. Am dringendsten ist der Handlungsbedarf beim BAföG geboten. Wir erwarten von Frau Karliczek, dass sie bald einen Referentenentwurf für die Beratung vorlegt, damit bereits im Wintersemester 2019/20 die Studierenden von der Reform profitieren.

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Kaczmarek, MdB  
Sprecher der AG Bildung und Forschung

## **1. Für die Zukunft eines starken europäischen Bildungsraums - Gemeinsamer Antrag der Koalitionsfraktionen**

Zusammen nach Wissen zu streben, für alle die gleichen Chancen zu verwirklichen, die Freiheit der Wissenschaft zu schützen: Das ist der europäische Bildungsraum, für den sich die SPD-Bundestagsfraktion einsetzt. In einem gemeinsamen Antrag (Drs. [19/4846](#)) fordert die Koalition deshalb konkrete Maßnahmen, um diese Ziele zu unterstützen.

Bereits im Mai 2018 hatte die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion ein Positionspapier formuliert. Dort wagte sie eine neue Vision für Bildung und Forschung in Europa. Der vorliegende Antrag greift daraus drei zentrale Bereiche auf:

### **Mobilität, Austausch und Vergleichbarkeit**

20 Europäische Hochschulen bis 2024: Auf dieses Ziel haben sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union geeinigt. Deshalb fordern die Koalitionsfraktionen, dass die Bundesregierung sich engagiert, diese Idee konzeptionell zu gestalten und umzusetzen. Dabei soll das Bottom-Up-Prinzip gelten. Das heißt also: bereits bestehende Hochschulpartnerschaften und Hochschulen müssen weiterentwickelt werden, damit Studierende in mehreren EU-Ländern forschen und einen Abschluss erreichen können.

Ausgebaut werden muss das Nachfolgeprogramm für Erasmus Plus. Dazu sind unter anderem die Verdoppelung der finanziellen Mittel, weniger Bürokratie sowie ein stärkerer Fokus auf Jugend, berufliche Bildung und lebenslanges Lernen nötig. Besonders wichtig war der SPD-Fraktion, Maßnahmen und Projekte für politische Bildung zu stärken. Dadurch soll Erasmus einen noch größeren Beitrag zu Demokratie und Zusammenhalt in Europa leisten.

Große Unsicherheit verursacht der Brexit bei betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Deshalb ist ein klares Signal nötig: die enge Zusammenarbeit zwischen Hochschulen in der EU und dem Vereinigten Königreich (VK) wird auch in Zukunft fortgesetzt werden - egal ob ein Brexit-Deal zustande kommt oder nicht. So oder so bleibt das VK nämlich Teil des Europäischen Hochschulraums. Damit kann es auch in Zukunft am Erasmus-Programm teilnehmen. Darüber hinaus müssen aber vom Brexit betroffene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterstützt werden, wenn es um Fragen zu Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen geht.

### **Bildungsgerechtigkeit**

Bildungsteilnahme heißt heute auch Zugang zu digitalem Wissen. Deshalb soll die Bundesregierung nicht nur ihre eigene Digitalisierungsstrategie konsequent umsetzen. Vielmehr soll Deutschland auch die Zusammenarbeit mit den anderen EU-Mitgliedsländern ausbauen. Zudem muss sie dort Unterstützung leisten, wo nationale Digitalisierungsstrategien noch erarbeitet, weiterentwickelt oder besser umgesetzt werden müssen.

Auch in der beruflichen Bildung ist mehr Zusammenarbeit nötig. Dazu soll die Europäische Ausbildungsallianz gestärkt und noch besser genutzt werden, um die berufliche Bildung EU-weit zu modernisieren und mehr Ausbildungsplätze mit Zukunftsperspektiven zu schaffen - gerade für junge Menschen. Damit Beschäftigte in jedem Land der EU arbeiten können, soll außerdem die Berufsanerkennungsrichtlinie ausgebaut werden. So können Berufsabschlüsse als gleichwertig anerkannt und den Berufsangehörigen freier Zugang zum heimischen Arbeitsmarkt gewährt werden.

### **Wissenschaftsfreiheit und institutionelle Autonomie**

Maßstäbe in Bildung und Forschung setzen muss die EU auch jenseits ihrer Grenzen. Das gilt insbesondere für die Wissenschaftsfreiheit, die im europäischen Hochschulraum bedroht wird. Dafür sind die Türkei oder Russland Negativbeispiele. Deshalb fordern die Koalitionsfraktionen, dass die Bundesregierung mit der EU für die gemeinsamen Werte eintritt.

Bedrohte Studierende, Forschende, aber auch Kunstschaffende müssen durch Förderprogramme ihre Arbeit in Deutschland fortsetzen können. Wichtig ist darüber hinaus, dass sich die Wissenschaft noch stärker für die breite Gesellschaft öffnet. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen für alle zugänglich sein, beispielsweise durch Bürgerdialoge und Projekte wie Citizen Science.

## **2. Digitalpakt und Grundgesetzänderung sind verbunden**

Im Rahmen der parlamentarischen Beratung der von der Bundesregierung vorgelegten Änderungen des Grundgesetzes fand am 8. Oktober 2018 eine Anhörung statt. Die Ausführungen der Sachverständigen zur Grundgesetzänderung im Bildungsbereich unterstützen den vorgelegten Entwurf.

Mit der Grundgesetzänderung sind konkrete politische Ziele im Bildungsbereich verknüpft. Dazu zählen an erster Stelle der Digitalpakt und die Offensive für den Ausbau von Ganztagschulen. Wenn wir diese Ziele erreichen wollen, dann müssen wir die aktuelle Chance für mehr Kooperation von Bund und Ländern bei Bildungsinvestitionen nutzen.

Die Anhörung hat gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Änderung des Grundgesetz-Artikels 104c soll nicht Länder-Investitionen kompensieren, sondern die finanzielle Beteiligung des Bundes an der Bildungsinfrastruktur ermöglichen. Dies gilt es bei der weiteren Beratung zu berücksichtigen.

Der Bildungsföderalismus soll erhalten bleiben. Die Einführung einer Gemeinschaftsaufgabe würde Zuständigkeiten unnötig vermischen und der Bundesrat hat diese Option bereits abgelehnt.

Die SPD-Bundestagsfraktion wirbt für die Zustimmung zur Änderung des Grundgesetzes und zur Aufhebung des Kooperationsverbotes in der Bildung. Dies muss schnell geschehen, denn für den dringend benötigten Digitalpakt haben wir derzeit keine verfassungsrechtliche Grundlage.

## **3. Bundeshaushalt 2019: Mehr Geld für die berufliche Bildung und Schulen in besonderen sozialen Lagen**

Die AG Bildung und Forschung hat sich bei der parlamentarischen Beratung des Bundeshaushalts 2019 im Bildungsausschuss vom 10. Oktober 2018 für eine Akzentsetzung im Einzelplan 30 (BMBF) in zwei wichtigen bildungspolitischen Handlungsfeldern eingesetzt. Damit soll den Herausforderungen in der beruflichen Bildung und in Schulen mit hohen sozialen Anforderungen besser begegnet werden können.

Es gibt Schulen, die bei ihrer Arbeit mehr Unterstützung brauchen. Stadtteile mit besonders vielen Kindern aus bildungsfernen Haushalten und sehr hohen Integrationsleistungen dürfen mit diesen wichtigen Aufgaben nicht allein gelassen werden. Deshalb soll die Bundesregierung bereits im nächsten Jahr ein im Koalitionsvertrag verankertes Programm aufsetzen, das genau diese Schulen in den Fokus nimmt. Ziel ist es, zunächst an ausgewählten Schulen Modelle zu entwickeln, die Bildungs- und Integrationserfolge nachweislich unterstützen. Die gelungenen Beispiele aus der Praxis sollen dann bundesweit an möglichst vielen Schulen zum Einsatz kommen. Geplant ist, das Programm 2019 mit einer Anschubfinanzierung von 2 Mio. Euro auf den Weg zu bringen und über eine Laufzeit von 10 Jahren mit 125 Mio. Euro seitens des Bundes und der Länder zu fördern.

Die Erfolgsgeschichte der beruflichen Bildung in Deutschland muss weitergeschrieben werden, für den Fachkräftemarkt und seine Anforderungen von morgen, aber vor allem für die Menschen und ihre Aussicht auf ein gutes Berufsleben. Eine exzellente, zukunftsfeste berufliche Ausbildung ist daher integrativ, d.h., sie fördert alle Leistungsgruppen. Solche heterogenen Lerngruppen müssen heute anders begleitet und unterrichtet werden. High-Potentials brauchen Tempo und Inhalte für eine weiterführende Berufsbildung auch nach der Erstausbildung. Und praxisorientierte Azubis brauchen ausreichend Zeit und Unterstützung für einen erfolgreichen Abschluss. Um dafür neue und innovative Wege gehen zu können, startet die Bundesregierung in 2019 einen Wettbewerb "Innovationscluster für eine exzellente berufliche Bildung". Dafür haben wir jetzt eine Anschubfinanzierung von 2 Mio. Euro beschlossen, damit innovative Konzepte in der Berufsbildung umsetzungsreif entwickelt werden können.

#### **4. Positionspapier zum Digitalpakt Schule**

Die Verhandlungen zum Digitalpakt schreiten voran. Bund und Länder verständigen sich derzeit auf eine Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung der Förderung für mehr Digitalisierung in den Schulen. Bis zum Ende des Jahres soll das Vertragswerk unterschriftsreif sein. Die AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion hat Mitte September ein Positionspapier verabschiedet, um den Prozess konstruktiv zu begleiten und zum Erfolg zu führen. Damit richten die Mitglieder der Arbeitsgruppe u. a. einen Appell an die Bundesbildungsministerin, die Verhandlungen mit Augenmaß zu führen und die Ausgestaltung der Vereinbarung praktikabel zu gestalten. Ziel muss es sein, mit der Förderung von insgesamt 5 Mrd. Euro in fünf Jahren den Ländern, Kommunen und Schulen ein attraktives Angebot zur Verfügung zu stellen. Die Antragsvoraussetzungen und -verfahren sollen angemessen sein und möglichst geringe bürokratische Hürden aufbauen. Das ist wesentlich für den Erfolg. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es zudem eine Frage von Gerechtigkeit, Lösungen für Kinder und Jugendlichen zu finden, deren Eltern es sich nicht leisten können, die für den Unterricht digitalen Geräte zu kaufen. Hier machen wir deutlich, dass eventuell auch eine Unterstützung über den Digitalpakt möglich gemacht werden muss.

Die Kommunen und Schulen treiben die notwendigen Prozesse zur Digitalisierung längst voran. Unsicherheit besteht derzeit darüber, wo die willkommene Unterstützung seitens des Bundes ansetzen wird. Der Digitalpakt Schule soll Anfang nächsten Jahres starten. Es ist verständlich, dass die Antragsteller mehr Informationen zu förderfähigen Maßnahmen brauchen, um ihre Konzepte rechtzeitig anzupassen. Auch wenn die Bund-Länder-Verhandlungen derzeit noch nicht abgeschlossen sind, muss die Bundesbildungsministerin zeitnah mehr Transparenz ins Verfahren bringen. Hierzu fordert sie unser Papier explizit auf.

Für die Umsetzung des Digitalpaktes mit Unterstützung des Bundes brauchen wir eine Grundgesetzänderung, die nur mit einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat zum Ende des Jahres realisiert werden kann. Derzeit gefährden FDP und GRÜNE einen zügigen Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens, wenn sie bei ihrer Blockadehaltung blieben.

Link:

<https://www.spdfraktion.de/fraktion/arbeitsgruppen/arbeitsgruppe-bildung-forschung>

#### **5. Positionspapier „Agentur für Sprunginnovationen“**

Am 11. September 2018 hat sich die AG BF zum Thema „Agentur für Sprunginnovationen“ positioniert. Die Förderung der Sprunginnovationen, auch disruptive oder radikale Innovationen genannt, wird seit mehreren Jahren von der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) in ihrem jährlichen Bericht gefordert und ist im Koalitionsvertrag verankert. Das Bundeskabinett hat hierzu am 29. August 2018 Eckpunkte zur Gründung einer Agentur für Sprunginnovationen beschlossen.

In unserem Positionspapier begrüßen wir die ersten Schritte des federführenden BMBF und dessen Schwerpunktsetzung auf den zivilen Anwendungsbereich, weisen aber auch auf einige Schwachstellen des vorliegenden Konzepts hin. Es fehlt derzeit noch der Hinweis auf die Notwendigkeit der parlamentarischen Begleitung, eine europäische Bezugnahme, eine Regelung zur Behandlung von Verlusten sowie ein Bekenntnis zu sozialen und ökologischen Innovationen. Darüber hinaus formulieren wir unsere Wünsche für die Ausgestaltung der Agentur sowie bezüglich der einzustellenden Programmmanager.

Link:

<https://www.spdfraktion.de/fraktion/arbeitsgruppen/arbeitsgruppe-bildung-forschung>

## **6. Fachgespräch Fachhochschule**

Am 10. Oktober 2018 veranstaltete die AG Bildung Forschung ein Fachgespräch zum Thema Fachhochschulen (FH) bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW). Ziel war es, mit den 25 Expertinnen und Experten über aktuelle Herausforderungen der FH/HAW in den Bereichen Personalgewinnung, Qualität der Lehre, Forschung und Internationalisierung zu diskutieren und politische Handlungsoptionen zur Unterstützung herauszuarbeiten. Im Austausch mit den fast 30 Expertinnen und Experten wurde deutlich, dass durch den starken Anstieg der Studierendenzahlen an FH/HAW, diese nun dringend eine gezielte Nachwuchsförderung für wissenschaftliches Personal benötigen. Attraktivere Arbeitsbedingungen und eine bessere und planbare Hinführung zur FH-Professur bilden eine wichtige Grundlage. Konsens bestand über die Notwendigkeit zur Verstärkung der Hochschulpaktmittel, um für eine gute Qualität der Lehre auch in Zukunft sorgen zu können und mehr unbefristete Stellen zu schaffen.

Durch ihre anwendungsorientierte Forschung sind FH/HAW gleichzeitig auch ein wichtiger regionaler Innovationsmotor. Der Ausbau der Forschungs- und Entwicklungsleistung konnte trotz hoher Lehrverpflichtungen der ProfessorInnen und dem Fehlen eines akademischen Mittelbaus kontinuierlich vorangetrieben werden. In der Folge bedeutet das für die FH/HAW, dass ihre Forschung in deutlich höherem Maße als an Universitäten von Programm- und Projektförderungen, Kooperationen mit der Wirtschaft, Eigeninitiativen der ForscherInnen und einer besonderen Flexibilität der Hochschulleitungen bei Ressourceneinsatz und Lehrorganisation abhängig ist. Zu prüfen wäre, inwiefern der Bund die Forschung an FH/HAW über eine Beteiligung an der Grundfinanzierung unterstützen kann.

FH/HAW stehen nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Wettbewerb. Der Internationalisierungsgrad der einzelnen Hochschulen ist jedoch sehr unterschiedlich und variiert innerhalb der FH/HAW stark je nach Ausstattung mit Ressourcen. Insgesamt liegt er auffällig unter dem Niveau, das Universitäten erreichen. Eine gezielte Unterstützung in Form angepasster Förderprogramme hilft den FH/HAW beim Ausbau der Internationalisierung.

Die AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion hat die große Bedeutung der FH/HAW in unserem deutschen Wissenschaftssystem erkannt. In Auswertung des Fachgesprächs wird jetzt eine Position erarbeitet, die den Weg für politische Handlungsoptionen ebnet.

Link:

<https://www.spdfraktion.de/themen/potenziale-sichtbarer>

## **7. Stakeholder Dialog zum Meister-BAföG**

Die Weiterentwicklung des Meister-BAföGs ist im Koalitionsvertrag als wichtiges Vorhaben verankert. Der AG Bildung und Forschung ist eine Politik im Dialog ein besonderes Anliegen. Deswegen hat der zuständige Berichterstatter Martin Rabanus die Spitzenverbände der Sozialpartner eingeladen, um über das Meister-BAföG zu sprechen. Dabei ist zunächst klar geworden, dass die Novelle der vergangenen Wahlperiode in die richtige Richtung weist. Die Zahl der AntragsstellerInnen ist signifikant gestiegen. Dennoch bleibt einiges zu tun.

Für die weitere Beratung sind folgende Punkte für die AG Bildung und Forschung in der SPD-Bundestagsfraktion zentral. Wir wollen, dass auch konsekutive Weiterbildung förderfähig wird, dass mehr Frauen an der Förderung teilhaben und dass es Verbesserungen bei den Zuschüssen gibt. Insgesamt wollen wir das Meister-BAföG als ein Instrument stärken, das mehr Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung schafft.

## **8. Wir brauchen mehr studentischen Wohnraum**

Vor dem Wohngipfel der Bundesregierung setzte die SPD-Bundestagsfraktion das Thema studentisches Wohnen oben auf die Agenda. Zum Erfahrungsaustausch aus erster Hand hat die Fraktion am 14. September 2018 Organisatorinnen und Organisatoren von lokalen Wohnraumbündnissen eingeladen, die sich vor Ort für studentischen Wohnraum engagieren.

Zu Beginn des Wintersemesters wird die angespannte Lage auf den deutschen Wohnungsmärkten besonders spürbar. Es geht darum, mehr Wohnheimplätze für Studierende zu schaffen und so einen Beitrag zur Entspannung der Wohnungsmärkte in den Hochschulstädten zu leisten. Der Bund hat die Chance, aktiv die Wohnungspolitik zu gestalten. Zusammengefasst sind die Forderungen in einer gemeinsamen Erklärung der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung sowie der Arbeitsgruppe Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen der SPD-Bundestagsfraktion zum studentischen Wohnen. Unser Appell geht an den Bundesinnenminister, die nötigen Weichen dafür schnell zu stellen.

<https://www.spdfraktion.de/themen/wir-brauchen-mehr-studentischen-wohnraum>

Link Erklärung:

<https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/position-schaffung-studentischer-wohnraum.pdf>